

Umgehung: Einwände werden geprüft

Usingen. Das Regierungspräsidium (RP) Darmstadt hat die zum geplanten Neubau einer Nord-Ost-Umgehung Usingens (B 275/B 456) eingegangenen privaten Einwendungen und Stellungnahmen von Fachbehörden, Kommunen und Verbänden der Hessischen Straßenbauverwaltung übersandt. Sie ist nun zur Stellungnahme aufgefordert. Bis die vorliege, könne es durchaus mehrere Monate dauern – abhängig davon, ob noch Änderungen vorgenommen werden, sagt Dieter Ohl, RP-Pressesprecher. Innerhalb der Anhörungsfrist hatten beim Regierungspräsidium – abgesehen von einigen Sammeleinwendungen – 220 Bürger Einwendungen erhoben. Sollte das Amt für Straßen- und Verkehrswesen in Frankfurt als Träger des Vorhabens keine Planänderung mehr vornehmen, steht anschließend der Erörterungstermin an. Dazu lädt das Regierungspräsidium ein.

Der weitaus größte Teil derjenigen, die Einwendungen ausgesprochen haben, lehnt die Nord-Ost-Variante grundsätzlich ab und fordert stattdessen eine Süd-West-Nord-Umfahrung. Eine Minderheit sieht dagegen in der Nord-Ost-Umgehung die einzig richtige Variante zur Lösung der Verkehrsproblematik, ist aber mit der konkreten Planung nicht einverstanden. Sie kritisiert die Planunterlagen, die nicht vollständig und deshalb ungeeignet seien. Das Regierungspräsidium weist darauf hin, dass die von vielen erbetene Eingangsbestätigung aufgrund der Vielzahl von Einwendungen nicht möglich ist. Diese Handhabung entspreche der gängigen Verwaltungspraxis. (rie)